

«Der Bund», 31.7.2015

Lieber langweilig als «scheinheilig»

«Wir haben ein eigenartiges Verhältnis zu unserem Land: Am 1. August danken wir dem Staat, dass er uns über Jahrhunderte Frieden, Freiheit und Wohlstand bewahrt hat. Für den Rest des Jahres heisst es, dass der Staat alles bestimmen und befehlen wolle, alles, was Private viel besser könnten.» Das schreibt Christine Egerszegi in der [August-Ausgabe](#) der Zeitschrift «Sprachspiegel», die in einigen Tagen erscheint. Das schillernde Verhältnis zum Staat schlägt sich auch in der Sprache nieder, wie die Aargauer Ständerätin am Beispiel des Abstimmungskampfs von 2013 um den Familienartikel zeigt: Der SVP-Slogan «Staatskinder – nein danke!» trug zum Scheitern am Ständemehr bei. Und er veranlasste Egerszegi zum «Nachtrag: «Staatsrinder – nein danke!» habe ich noch nie gehört!».

Dass der Staat zum Feindbild gemacht wird, ist in einer funktionierenden Demokratie widersinnig, denn eigentlich sind «wir alle» der Staat, jedenfalls alle mit Stimmrecht Ausgestatteten. Natürlich kommt es vor, dass eine Mehrheit der Abstimmenden – oder der Gewählten – anders entscheidet, als es einem passt, aber dann ist nicht «der Staat» schuld, sondern der Erfolg der Siegreichen oder allenfalls die eigene Passivität. Man kann versuchen, einen solchen Entscheid demokratisch umzustossen. Und wenn jemand aus der Regierung selbstherrlich auftritt, kann man ihn daran erinnern, dass bei uns das Volk «der Souverän» ist. Oder, wie einst der Flüchtlingskaplan Cornelius Koch zu Bundesrat Furgler sagte, als der keine weiteren Chilenen aufnehmen wollte: «Sie sind mein Angestellter.»

Wo wir «der Staat» sagen, sagen die Amerikaner «government» – und die Regierung, die dort nach dem System «alles dem Sieger» bestellt wird, taugt natürlich besser zum Feindbild als ein abstrakter Staat. Nebenbei hat der sprachliche Unterschied den Effekt, dass nun auch bei uns nichtstaatliche Vereinigungen als «Nichtregierungsorganisation» betitelt oder gar als NGO abgekürzt werden. Dabei haben sie meistens wichtigere Eigenschaften als jene, nicht staatlich zu sein.

Mit der Staatskritik von links oder rechts geht meistens auch die Ansicht einher, die Regierung sei nicht in den richtigen Händen, sondern z. B. In jenen des Kapitals oder der «Classe politique» – mit andern Worten, die Demokratie funktioniere nicht richtig. Deshalb macht sich ja auch ein Roger Köppel anheischig, in Bern zum Rechten zu sehen, und das in Heldenpose – wie frühere Chefredaktoren, die «in die Hosen stiegen, als die Schweiz bedroht war».

Die Kommunikationsberaterin Barbara Ritschard führt in der gleichen Ausgabe des «Sprachspiegels» u. a. dieses Beispiel für Wahlkampfretorik an. Sie hatte wie Egerszegi vor dem Schweizerischen Verein für die deutsche Sprache (SVDS) über «Sprache in der Politik» referiert – noch bevor Weltwoche-Chefredaktor und SVP-Nationalratskandidat Köppel dem Thema einen Tiefpunkt hinzufügte. Dies indem er Bundespräsidentin Sommaruga als «heimliche Scheinheilige» verunglimpfte, womit er wohl den Ruhm des Intellektuellen loswerden wollte. Zudem gab der Heimatschützer damit eine Kostprobe des in den USA, aber bisher nicht hiezulande üblichen «negative campaigning»: die Gegenpartei schlechtreden.

«Kurz und prägnant bei der eigenen Basis Stimmung» zu machen, kennzeichnet laut Ritschard Legislativpolitiker und solche, die es werden wollen. Haben sie indessen Ambitionen auf ein Regierungsamt, so legen sie sich die «konkordante» Sprache der Exekutivpolitiker zu, die «nicht polemisieren, nicht polarisieren, nicht provozieren» dürfen. Das könne man «als zum Gähnen langweilig oder als warme Luft bezeichnen. Man kann sich aber auch darüber freuen, dass in der Schweiz Hassprediger keine Chance auf ein Amt mit Verantwortung haben.»

© Daniel Goldstein (sprachlust.ch)